

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 17.09.2013**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 16:05 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 17:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Rainer Lux  
Herr Frank Strothmann  
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann  
Frau Karin Schrader  
Herr Holm Sternbacher  
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil  
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke  
Frau Schulz – Amt für soziale Leistungen (zu TOP 12)  
Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen  
Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen  
Frau Wemhöner - Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

Als Gast in der heutigen Sitzung begrüßt er Frau Maïke Tönsmann, die zur Zeit als Verwaltungsreferendarin in der Steuerabteilung des Amtes für Finanzen und Beteiligungen tätig ist.

Weiter teilt er mit, dass auf Vorschlag der Verwaltung der Tagesordnungspunkt 13 - Einführung eines webbasierten Platzreservierungs- und Anmeldeverfahrens für die Bielefelder Kindertageseinrichtungen – (Drucksache 6173/2009-2014) abgesetzt werden soll, da noch keine Fachausschussempfehlung vorliege.

## Öffentliche Sitzung:

### **Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 47. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.07.2013**

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 02.07.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

### **Zu Punkt 2**      **Mitteilungen**

Herr Löseke verliest folgende Mitteilung:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für den Haushalt 2013 hatte ich in der Juni-Sitzung des Finanz- und Personalausschusses mitgeteilt, dass die Entwicklung des Gewerbesteuerertrags derzeit verhalten verläuft und signifikante Zuwächse aufgrund der Hebesatzerhöhung nicht erkennbar sind und angesichts des Verlaufs bis Juni ein Erreichen des Ansatzes in Höhe von 203,8 Mio. € nicht prognostiziert werden kann.

Größere positive Entwicklungen sind seitdem leider nicht eingetreten. Derzeit gehe ich von einer Verschlechterung gegenüber der Planung in Höhe von rd. 18,8 Mio. € aus, so dass das Ist-Ergebnis 2013 bei rd. 185 Mio. € liegen wird. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres noch unterschritten – trotz Hebesatzerhöhung von 463 auf 480 Prozentpunkte. Ohne diese Anpassung des Hebesatzes würde dieser Rückgang noch höher ausfallen.

Dies würde zu einer deutlichen Erhöhung des Fehlbetrages am Jahresende führen. Um diesem entgegen zu wirken hatte ich am 18.06.2013 eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt. Der hieraus – unter Anlegung eines strengen Maßstabes – erzielte Einsparbeitrag wird sich voraussichtlich im Umfang von 6,6 Mio. € bewegen.

Der Rückgang bei der Gewerbesteuer wird auch bei der Kalkulation der Ansätze für das Gewerbesteueraufkommen im Jahr 2014 zu einer Verschlechterung gegenüber der bisherigen Planung führen. Allerdings geht damit ein höheres Volumen an erwarteten Schlüsselzuweisungen einher. Nach einer ersten Modellrechnung des Landes liegt der Bielefelder Anteil bei rd. 185 Mio. € für das Jahr 2014 und damit um ca. 43 Mio. € höher als in der Mittelfristplanung des Haushaltsplanes 2013 für 2014 veranschlagt.

Wie Sie wissen stellt die Verwaltung derzeit den Entwurf des Haushaltsplanes 2014 auf und kalkuliert dabei sowohl niedrigere Gewerbesteuerzahlungen als auch höhere Schlüsselzuweisungen ein. Der Haushaltsentwurf wird am 12.12.2013 in den Rat eingebracht. Nach heutigem Kenntnisstand gehe ich von einer Genehmigungsfähigkeit durch die Bezirksregierung Detmold aus.

--

### **Zu Punkt 3      Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

--

### **Zu Punkt 4      Ermächtigungsübertragungen – investiv - von 2012 nach 2013**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6167/2009-2014

Herr Berens weist darauf hin, dass sich in den Beschlusstext ein Schreibfehler eingeschlichen habe. Aus der beigefügten listenmäßigen Darstellung ergeben sich Ermächtigungsübertragungen mit einem Volumen in Höhe von 9.026.394 € und nicht – wie im Beschluss ausgeführt – in Höhe von 9.025.394 €.

#### Beschluss:

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:**

**Den in der Anlage 1 und 1a aufgeführten Ermächtigungsübertragungen von 2012 nach 2013 im Finanzplan mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 9.026.394 € wird zugestimmt.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 5**      **Ergebnis der Haushaltssperre 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6164/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Ergebnis der Haushaltssperre zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 6**      **Prüfaufträge des Rates zum Haushalt 2013**  
**hier: Senkung Verlustausgleiche an städt. Unternehmen,**  
**eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere**  
**Einrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5997/2009-2014

Herr Rees erklärt, dass man mit der Formulierung des Prüfauftrages im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2013 die Intention verfolgt habe, perspektivisch eine Reduzierung der Verluste zu erreichen. Die beschriebenen Prüfergebnisse seien in dieser Hinsicht unerfreulich. Er nehme sie jetzt zwar zur Kenntnis, behalte sich aber vor, darauf später noch mal zurückzukommen.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zu den Prüfaufträgen des Rates zum Haushalt 2013, hier: Senkung Verlustausgleiche an städt. Unternehmen eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sowie weitere Einrichtungen, zur Kenntnis.**

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Konkretisierung der mit dem Haushalt 2013 für den Haushalt 2014 beschlossenen pauschalen Haushaltsverbesserung von 4,0 Mio. €**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6086/2009-2014

Herr Löseke verliest – beziehend auf Punkt 18 der Liste der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen – folgende Mitteilung:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, ist die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2014 in den Rat für den 12. Dezember vorgesehen. Üblicher Weise hat Ihnen die Verwaltung zu diesem Termin den Haushaltsplan in gedruckter Form bzw. als CD als Grundlage für die anschließenden Fachausschussberatungen zur Verfügung gestellt. Parallel dazu wird der Haushalt in das Inter- bzw. Intranet eingestellt.

Im Zuge der Einsparüberlegungen habe ich entschieden, zukünftig auf die Erstellung der Druckexemplare und auch der CD zu verzichten. Dadurch können Einsparungen in Höhe von Jährlich 16.000 € realisiert werden (vgl. lfd. Nr. 18 der Haushaltskonsolidierungsliste zum Entwurf 2014).

Ich möchte Sie daher bereits jetzt darauf hinweisen, dass Ihnen erstmals mit dem Haushaltsplanentwurf 2014 weder Druckwerke noch CDs zur Verfügung gestellt werden. Den Haushaltsplanentwurf können Sie am Tag nach der Einbringung in den Rat im Inter- bzw. Intranet aufrufen.

Ich gehe davon aus, dass inzwischen jedermann Zugriffsmöglichkeiten auf Inter- bzw. Intranet besitzt und halte dieses – auch von anderen Kommunen praktizierte Verfahren – für vertretbar.

Ich bitte Sie, diese Information in Ihren Fraktionen weiter zu geben.“

Frau Schmidt erklärt, dass sie lediglich eine Reduzierung der Haushaltsplan-Druckwerke sowie der Haushalts-CDs befürworte. Ein generell möglicher Zugang zum Internet könne nicht unterstellt werden. Herr Hamann stellt fest, dass er die Maßnahme grundsätzlich begrüße. Seines Erachtens bestehe aber zunächst noch in der Verwaltung ein erhebliches Einsparpotenzial beim Papierverbrauch. Herr Werner merkt kritisch an, dass für eine tatsächlich papierarme Gremienarbeit von der Verwaltung zunächst noch entsprechende technische Voraussetzungen zu schaffen seien. Er empfinde den Vorschlag der Verwaltung als Bevormundung und rege an, die Haushaltsplanbedarfe zunächst nochmals abzufragen. Frau Geilhaar teilt mit, dass sie die Verfügbarkeit der Haushaltsdaten im Netz fragwürdig finde und grundsätzlich eine gedruckte Haushaltsplanversion bevorzuge. Herr Rees erwidert, dass die

Daten auch heute schon im Netz verfügbar seien. Teilweise erleichtere jedoch ein gedruckter Haushaltsplan bzw. eine CD die Arbeit, so dass diese Medien auf Wunsch auch weiterhin zur Verfügung gestellt werden sollten.

Auf die Gesamtliste eingehend stellt Frau Schmidt fest, dass sie die darin beschriebenen Maßnahmen ohne Beteiligung der Fachausschüsse nicht beurteilen könne. Eine Ausnahme bilde lediglich die unter der lfd. Nr. 19 beschriebene Maßnahme „Einrichtung eines Steuerprüfdienstes“. Aufgrund der zu erwartenden Mehrerträge halte sie hierzu eine sofortige Beschlussfassung für angezeigt. Herr Rees stellt heraus, dass die Beschlussvorlage eher als Information der Verwaltung an die Politik zu verstehen sei. Er erinnert daran, dass die Bezirksregierung Detmold bis zum 30.09.2013 einen Bericht zur Konkretisierung der im Haushalt 2013 veranschlagten pauschalen Minderaufwendungen in Höhe von 4,0 Mio. € erwarte. Diese Vorlage sei daher als Bericht der Verwaltung zu verstehen, wie eine maßnahmenscharfe Umsetzung aussehen könnte. Inhaltlich könne auch seine Fraktion nicht alle Maßnahmen mittragen. Er empfehle daher, den Beschlusstext um den bislang lediglich im Begründungsteil vorhandenen Hinweis zu erweitern, wonach zu den aufgeführten Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Veränderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen werden können. Herr Hamann ergänzt, dass auch seine Fraktion vorgezogene Haushaltsplanberatungen zu Einzelsachverhalten ablehne. Die Berichterstattung der Verwaltung an die Bezirksregierung nehme man daher heute lediglich zur Kenntnis. Er unterstütze daher den von Herrn Rees vorgeschlagenen Beschlusstext. Herr Werner erklärt, dass er die aufgeführten Maßnahmen lediglich zur Kenntnis nehme und eine Beschlussfassung dazu heute ablehne. Seine Fraktion könne sich ebenfalls nicht mit allen Positionen identifizieren, diese seien im Rahmen der Haushaltsplanberatungen einer Überprüfung zu unterziehen. Herr Buschmann wirbt ebenfalls für eine Änderung der Beschlussformulierung und ergänzt, dass die aufgeführten Maßnahmen inhaltlich nicht umfänglich der Beschlusslage aus März 2013 entsprechen, da diese ausschließlich Aufwandsreduzierungen fordere. Dargestellt seien aber auch zahlreiche Maßnahmen, die die Ertragsseite des Haushalts betreffen. Von daher erwarte er von Seiten der Verwaltung noch eine entsprechende Nachbesserung. Vorgezogene Entscheidungen zu einzelnen Punkten lehne er ebenfalls ab. Unabhängig davon erachte er eine Reaktion der Bezirksregierung zu der vorliegenden Maßnahmenliste als sehr wichtig und aufschlussreich. Herr Geil, Herr Werner und Frau Geilhaar weisen übereinstimmend darauf hin, dass die Verlängerung der Sitzungsrhythmen und weitere Einsparungen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeiten als falsches Signal verstanden werden könnten.

Herr Rees spricht sich abschließend nochmals für eine entsprechend modifizierte Beschlussfassung aus und weist darauf hin, dass nach Aussage des Stadtkämmerers mit der Vorlage einer Maßnahmenliste bei der Bezirksregierung ein notwendiger Schritt zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2014 getan werde. Der neue Beschlussvorschlag mache aber ausreichend deutlich, dass Änderungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen können.

Nach Ende der Diskussion lässt Herr Lux zunächst über den Antrag von Frau Schmidt entscheiden. Der Finanz- und Personalausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die sofortige Einführung eines Steuerprüfdienstes für die Gewerbesteuer zu beschließen.**

- bei einer Ja-Stimme mit großer Mehrheit abgelehnt -

Anschließend stellt Herr Lux den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Mit den in der Anlage aufgeführten Einzelmaßnahmen konkretisiert die Verwaltung die im Haushalt 2013 für 2014 vorgesehene Haushaltsverbesserung in Höhe von 4,0 Mio. € gegenüber der Bezirksregierung.**
- 2. Die Verwaltung wird diese Positionen im Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2014 bei der Ansatzbildung entsprechend berücksichtigen. Der Rat bzw. die Fachausschüsse können im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wie bei allen anderen Positionen des Verwaltungsentwurfs Veränderungen bzw. weitere Aufwandsreduzierungen vornehmen.  
Wir bitten die Verwaltung, diesen Prozess zu unterstützen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 136 für die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe**



## **Wahlen 11.02.14**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6043/2009-2014

### **Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 136, die am 23.07.2013 durch die Herren Ratsmitglieder Lux und Rees zur Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe Wahlen - 11.02.14 - getroffen worden ist.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 9**

### **Neufassung der Satzung zum Umwelt- und Klimaschutzpreis und Aufhebung der Förderrichtlinie zur energetischen Sanierungsberatung (Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5807/2009-2014

Herr Werner weist darauf hin, dass dieser Punkt auf Wunsch seiner Fraktion in der letzten Sitzung vertagt wurde, da noch Beratungsbedarf bestand. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass für den Umwelt- und Klimaschutzpreis kein Geld mehr zur Verfügung gestellt werden sollte. Eine ideelle Auszeichnung sei vollkommen ausreichend. Herr Rees erklärt, dass seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag folgen werde. Herr Werner beantragt daraufhin die getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Beschlussvorschlages.

### **Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:**

- 1. Die „Satzung der Stadt Bielefeld über die Verleihung eines Umwelt- und Klimaschutzpreises“ wird gem. Anlage 1 beschlossen.**

- mit Mehrheit beschlossen –

2. Die „Bielefelder Richtlinie über die Förderung baubegleitender energetischer Beratung bei Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden im Stadtgebiet“ wird zum 31.12.2013 aufgehoben.

- einstimmig beschlossen -

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 10

**Konzept zur Containersammlung von Altkleidern u. Altschuhen auf städtischen Flächen in Bielefeld und 1. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse u. Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.11**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5424/2009-2014

**Beschluss:**

**Beschlussvorschlag 1:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, das bestehende Erfassungssystem mit den karitativen Einrichtungen beizubehalten und von einer Rekommunalisierung der Altkleider-/Altschuhsammlung in Bielefeld abzusehen.

**Beschlussvorschlag 2:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, das als Anlage 1 beigefügte Konzept zur Containersammlung von Altkleidern und Altschuhen auf städtischen Flächen in Bielefeld zu beschließen.

**Beschlussvorschlag 3:**

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat, die als Anlage 2 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011 zu beschließen.

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 11      Verwendung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für das Jahr 2013**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6035/2009-2014

Herr Löseke verweist auf die als Tischvorlage verteilte ergänzende Mitteilung, wonach die Stadt Bielefeld in Folge der Änderung der ÖPNV-VO im Jahre 2014 voraussichtlich einen um 246.123,86 € reduzierten Betrag als ÖPNV-Pauschale erhalten wird. Die Höhe der Pauschale würde dann bei 3.029.015,34 € liegen. Der Anteil der Mittel für die Kreise und Städte berechne sich aus der Verkehrsleistung, aus der Bevölkerungszahl und der Größe der Fläche.

**Beschluss:**

**Vorbehaltlich einer entsprechenden Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat folgende Verwendung der finanziellen Mittel aus der ÖPNV-Pauschale des Jahres 2013 (3.180.000 €) nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW zu beschließen:**

- **Max. 630.000 € werden als Aufgabenträgeranteil zur Verbesserung des ÖPNV eingesetzt.**
- **Die an Verkehrsunternehmen weiterzuleitenden Mittel in Höhe von ca. 2.550.000 € werden zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungsaufträge verwendet.**
- **Die Verwaltung wird beauftragt, die exakte Höhe der Mittelverteilung zwischen den Unternehmen nach Maßgabe der diesbezüglich bestehenden Finanzierungsverträge bzw. -regelungen festzulegen.**
- **Sollte der Aufgabenträgeranteil nicht in voller Höhe bis 30.06.2014 verausgabt worden sein, erhält die moBiel GmbH die verbleibenden Restmittel als Betriebskostenzuschuss.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 12      Sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5792/2009-2014/1

Frau Schulz erklärt, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss den ursprünglichen Beschlussvorschlag erweitert habe. Danach sollen die

beiden Stellen umgehend besetzt werden und die Verwaltung werde aufgefordert, im gesamtstädtischen Personalbudget eine entsprechende Kostenreduzierung zu prüfen.

Dazu könne sie mitteilen, dass die Verwaltung inzwischen eine stellenplanmäßige Deckung für die beiden Stellen gefunden habe. Herr Grinblats erläutere auf Nachfrage von Frau Schmidt, dass es aufgrund aufgabenkritischer Prüfungen und sonstiger Sachverhalte im Stellenplan auch zu Einsparungen komme. Insoweit ist eine gesamtstädtische Deckung im Stellenplan für die zwei Mehrstellen gegeben.

**Beschluss:**

**Die 2 Mehrstellen im Sozialamt für die sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sind durch Ausweitung des Stellenplanes sicherzustellen. Die Mehrstellen sind im Rahmen des Stellenplanes gesamtstädtisch zu decken.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13**

**Einführung eines webbasierten Platzreservierungs- und Anmeldeprogramms für die Bielefelder Kindertageseinrichtungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6173/2009-2014

abgesetzt

-.-.-

**Zu Punkt 14**

**Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)**

Beratungsgrundlage: Anlage 1

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.**

- einstimmig beschlossen -

---

Bielefeld, 17.09.2013

---

Rainer Lux  
(Vorsitzender)

---

Heike Wemhöner  
(Schriftführerin)